

Zuwachs bei Marktleistung und Eigentums-Verlust bei Marktversagen – nicht aus. Dieses Steuerungselement der gerechten Ungleichheit im Sinne der Konsumentendemokratie versagt, wenn die Unterschiede der Vermögen zu groß werden. Es versagt vor allem dann, wenn es möglich wird, Vermögen ohne Marktleistung durch die Schädigung der Vermögensrechte anderer Bürger zu bilden. Solche Vermögenskonzentrationen müssen daher vom Staat aufgelöst werden.

Genau das haben die Leveller immer wieder gefordert: Die Auflösung sämtlicher Monopole und das Ende der Ausdehnung des Großgrundbesitzes auf Kosten des Eigentums der Kleinbauern gehörte stets in ihr Programm. Sie wollten diese Forderung sogar in einem Gesellschaftsvertrag gleichwertig neben den »klassischen Abwehrrechten« gegen staatliche Willkür verankert sehen. Diese Maßnahmen der Enteignung durch den Staat sollten den freien Zugang zum Markt für alle zusichern. Walwyn verwahrte sich allerdings gegen den von seinen Widersachern ständig erhobenen Vorwurf, die Leveller wollten alle bestehenden Unterschiede bei der Höhe des Eigentums aufheben. Es war für ihn kein Widerspruch, sondern eine zwingende innere Logik, »alle Zäune und Hecken der Nation« da niederzureißen,<sup>38</sup> wo sie die individuellen Rechte der anderen bedrohten und dort Eigentum zu respektieren und zu schützen, wo Marktfreiheit herrschte.

### 3.11 Die Putney-Debatten: Eine Kontroverse über die Interdependenz sozialer Grundrechte

Die verschiedenen Formen individueller Freiheit des Menschen zu schützen, dieses Anliegen kam mit dem starken Liberalismus auf. Erst im Nachhinein wurden sie voneinander getrennt und so verkürzt. Dieses Faktum wird dadurch verdeckt, dass in Bezug auf einzelne Freiheitsrechte im Lauf der politischen Kämpfe der Moderne enorme Fortschritte erzielt wurden. Neben diesen Fortschritten, etwa beim Wahlrecht, gab es aber auch Rückschritte. Wesentliche Implikationen der Idee von Menschenrechten, die bei ihrer ersten Proklamation noch mehr oder minder deutlich artikuliert worden waren, gingen verloren. Hätten sich die modernen Demokratien in Richtung der Ziele des starken Liberalismus bewegt, hätten diese Implikationen konkreter Gestalt annehmen können. So aber wurden sie, trotz ihres Einflusses in den bürgerlichen Revolutionen, erst bedrängt, dann bekämpft, schließlich vergessen.

---

38 William Walwyn: *Walwyns just Defence. Against the Aspertions cast upon him in a late un-Christian Pamphlet intituled Walwyns wiles*, London 1649. Auch in William Haller, Godfrey Davies (Hg.), wie Anm. 26 Kap. 3, S. 350–398, Zitat S. 384. Der Text ist in der Thomason Collection of Civil War Tracts nicht enthalten.

Als Folge dieses Verdrängungsprozesses löste sich die Idee gleicher politischer Freiheit von der Idee gleicher ökonomischer Freiheit. Diese Disposition heutiger Demokratie korreliert mit der oben erwähnten Trennung von Wirtschaftswissenschaften und Grundrechtstheorie (Verfassungsrecht). Einerseits ist es für heutige Ökonomen normal, Wirtschaftspolitik unabhängig von ihrer Bedeutung für die demokratische Konstitution des Staates zu betreiben; andererseits ist es für uns auch normal, dass alle Bürger gleiche politische Freiheit genießen, aber der Grad ihrer ökonomischen Freiheit stark differiert.

Diese Trennung von materiellen Ressourcen und politischen Beteiligungsrechten gilt als große Errungenschaft. Ein Fortschritt ist freilich, dass jetzt nicht mehr nur derjenige wählen darf, der Land oder Vermögen besitzt. Auch wurde aufgrund dieser Trennung in weiten Teilen der Welt die Zustimmung der Reichen zu dem egalitären Instrument des allgemeinen Wahlrechts erreicht. Andererseits ermöglicht diese Trennung eine Gesellschaft, in der auf demokratischem und friedlichem Wege selbst extreme Vermögensunterschiede demokratisch legitimiert werden können.

Auch wenn die Gewährung politischer Freiheit unabhängig vom Vermögen der Bürger einen Fortschritt darstellt, so besteht das Gegenmodell dazu nicht automatisch aus einem Wahlrecht, das ökonomische Ungleichheit ignoriert, weil politische Freiheit angeblich nur auf diese Weise garantiert werden kann. Das eigentliche Gegenmodell zur vordemokratischen Ordnung ist vielmehr eine Verfassung, die auf politische Freiheitsrechte gründet und zugleich aktiv Wirtschaftsmacht bekämpft, weil nur so die Menschenrechte gesichert werden können.

In diesem Zusammenhang sind die sogenannten Putney-Debatten vom Herbst 1647 über eine neue Verfassung für England ein interessantes ideengeschichtliches Beispiel. Sie sind der erste offen ausgetragene Konflikt zwischen starkem und schwachem Liberalismus. Bei dieser tagelangen, intensiven Kontroverse, die zum Glück hervorragend dokumentiert ist, wurden starkliberale Positionen von den Levellern und den Agitators, Vertretern von einfachen Soldaten der *New Model Army*, bezogen. Für die schwachliberale Position standen Cromwell und mit ihm die *Grandees*, die Offiziere der *New Model Army*. Von der *New Model Army*, dem Parlamentsheer, ging ein starker politischer Einfluss aus. Der Konflikt zwischen Offizieren und einfachen Soldaten war paradigmatisch für einen großen Teil der englischen Gesellschaft.<sup>39</sup>

---

39 Für erste Information über die Gruppierungen der Putney-Debatten siehe Hans-Christoph Schröder, wie Anm. 14 Kap. 3, Abschnitt *Glossar*, S. 287–290. Für erste Information über einzelne Teilnehmer der Putney-Debatten siehe Philip Baker (Hg.), wie Anm. 12 Kap. 3, Abschnitt *Key Figures Cited in the Texts*, S. XXXVIII–XL. Für eine ausführliche Darstellung der Putney-Debatten siehe Jürgen Diethe, wie Anm. 24 Kap. 2, Kapitel *Englands Freiheit, Rechte der Soldaten. Putney und Armeeumuterei*, S. 92–114, und Martin Gralher, wie Anm. 17 Kap. 3, Abschnitt *Die Diskussion in den Gremien der Armee 1647*, S. 157–190.

Bevor 1649 Cromwell und seine Anhänger die Leveller vernichtend schlagen würden – nicht allein, weil diese gegen die Monarchie, sondern auch gegen jene Ordnung kämpften, die Cromwell zu errichten gedachte – unternahmen die *Grandees* während der Putney-Debatten den Versuch, ihre Gegner für die eigenen politischen Wege und Ziele zu gewinnen und sie auf diese Art taktisch einzubinden. Der Grund war die große Bedeutung und der nicht unerhebliche Einfluss der Leveller. Umgekehrt machten auch die Leveller, die zuvor mit ihrer Forderung nach allgemeinem Wahlrecht breite Zustimmung in Stadt und Land sowie unter den einfachen Soldaten der *New Model Army* gefunden hatten, den *Grandees* dieses oder jenes Angebot – etwa den Ausschluss der Royalisten, der Bediensteten und der Almosenempfänger vom Wahlrecht – das zu einem Kompromiss zwischen den divergierenden Positionen hätte führen können.<sup>40</sup>

Vielleicht hatte der Vorschlag, Royalisten, Bedienstete und Almosenempfänger vom Wahlrecht auszuschließen, wie er sich in einer Reihe von Texten der Leveller findet, einen ganz anderen Grund als den der Befriedung der im Parlament so starken Gruppe der Independenten um Cromwell. Bestand nicht während des revolutionären Umbruchs die Gefahr, dass die vereinten reaktionären Stimmen der Royalisten aufgrund ihrer politischen Interessen und die der Bediensteten aufgrund ihrer Abhängigkeit die Gründung einer englischen Republik verhindern würden? Es könnte folglich für die Leveller taktisch geschickt, wenn nicht sogar notwendig erschienen sein, denen das Wahlrecht zu verweigern, die aufgrund ihrer starken Abhängigkeit vermutlich nicht republikanisch gewählt hätten. Denn wie, so vielleicht die Frage der Leveller, kann eine Demokratie entstehen, wenn eines ihrer wichtigsten Werkzeuge gleich zu Beginn dazu genutzt wird, sie zu erwürgen?<sup>41</sup>

---

40 In seinem Buch *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes zu Locke* widmet Crawford B. Macpherson den Levellern und ihrem Verhältnis zu Wahlrecht und Freiheit ein umfangreiches Kapitel. In dem als *Zusammenfassung* bezeichneten Abschnitt heißt es, es sei »nachgewiesen« worden, »daß die Leveller von ihrer ersten spezifischen Äußerung über den Umfang des Wahlrechts in der Putney-Debatte bis hin zu dem abschließenden Manifest Bedienstete und Almosenempfänger ausdrücklich vom Wahlrecht ausschlossen«. (S. 157) Ja, es steht außer Frage, dass die Leveller in den Putney-Debatten aufgrund taktischer Erwägung bereit waren, das Wahlrecht zu beschränken. Ebenso jedoch steht außer Frage, dass sie grundsätzlich für das allgemeine Wahlrecht eintraten. Siehe Manfred Brouck, wie Anm. 19 Kap. 2, Abschnitt 2.222 *Das Wahlrecht*, S. 137–161, und Peter Wende: »Liberty« und »Property« in der politischen Theorie der Levellers. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des politischen Individualismus im England des 17. Jahrhunderts, in: *Zeitschrift für Historische Forschung*, Bd. 1, H. 2, 1974, S. 155.

41 Über das zweite *Agreement*, verfasst 1648, heißt es bei Ian Gentles: »Collaboration with the army high command produced the version of the *Agreement* that contained a higher quotient of practicality and political realism than any other. Forced to grapple with the brute fact that a broader franchise would produce a royalist parliament, the Levellers acquiesced in a set of

Die Schwachliberalen wiederum hatten die Furcht, dass das allgemeine, sogar Ausländer einschließende Wahlrecht ein Levellieren, das heißt Nivellieren, der Eigentumsverhältnisse auslösen und damit die von den Independenten mit Cromwell an der Spitze erstrebte politische Ordnung unmöglich machen würde. In den Putney-Debatten erklärte General Henry Ireton (1611–1651):

»If a man be an inhabitant upon a rack rent for a year, for two years, or twenty years, you cannot think that man has any fixed permanent interest. That man, if he pay the rent that his land is worth, and has no advantage but what he has by his land, is as good a man, my have as much interest, in another kingdom as here. I do not speak of not enlarging this representation at all, but of keeping this to the most fundamental constitution in this kingdom: that is, that no person that has not a local and permanent interest in the kingdom should have an equal dependence in election with those that have; but if you go beyond this law, if you admit any man that has a breath and being, I did show you how this will destroy property. It may come to destroy property thus; you may have such men chosen, or at least the major part of them, as have no local and permanent interest. Why may not those men vote against all property?«<sup>42</sup>

Auch wenn diese Sätze Iretons einer gewissen Polemik nicht entbehren, da die Leveller keineswegs eine quasi kommunistische Gütergemeinschaft anstrebten, so stand hinter der Attacke des Generals doch eine richtige Wahrnehmung. Denn in der Tat hegten die Leveller die Hoffnung, dass ein allgemeines Wahlrecht zu einer politischen Konstellation führen würde, die endlich allen Bürgern ein und dasselbe Recht auf Eigentum und Marktzugang verschaffen würde. Ireton und Cromwell und mit ihnen die Independenten verstanden die enorme Dynamik von Emanzipation durch Partizipation nur allzu gut. Würde man jedem Bürger einen naturrechtlichen Anspruch auf politische Freiheit durch ein allgemeines Wahlrecht gewähren, gäbe es für die alte Ordnung kein Halten mehr. Auf die oben zitierte Passage folgt bei Ireton der an die Leveller gerichtete Appell:

»By the same rule, show me why you will not, by the same right of nature, make use of anything that any man has, though it be not for the necessary sustenance of men. Show me what you will stop at, wherein you will fence any man in a property by this rule.«<sup>43</sup>

---

electoral qualifications that excluded well over half the adult male population.« Ian Gentles, wie Anm. 19 Kap. 3, S. 174.

42 Henry Ireton, zitiert bei Gerald E. Aylmer (Hg.), wie Anm. 1 Kap. 3, S. 107 mittig. Auch zitiert bei Philip Baker (Hg.), wie Anm. 12 Kap. 3, S. 78f.

43 Henry Ireton, zitiert bei Gerald E. Aylmer (Hg.), wie Anm. 1 Kap. 3, S. 107 unten. Auch zitiert bei Philip Baker (Hg.), wie Anm. 12 Kap. 3, S. 79 mittig.

Schwachliberale wie Ireton argumentierten gegen eine Ausweitung des Wahlrechts auf Besitzlose – die damals die Mehrheit des Volkes bildeten – und auf nur vorübergehend in England Wohnende, weil sie befürchteten, dies würde bald zu politischen Entscheidungen führen, die den Besitzinteressen der reichen Minderheit diametral entgegenstünden. Doch die Kontrahenten der Putney-Debatten stritten nicht allein über die Ausweitung des Wahlrechts. Weiter und tiefer reichend war für sie das Problem, ob und wie das Wahlrecht grundrechtlich begründet werden könnte.

Das Ziel der Leveller als Vertreter derjenigen mit wenig Eigentum war selbstverständlich ein menschenrechtlich begründetes Grundrecht auf Eigentum verbunden mit dem Grundrecht auf freie Wahlen. Ihre Gegner, die eher die Interessen des großen Eigentums vertraten, lehnten dies ab. Ireton wollte den vorstaatlich bestehenden Anspruch auf das Recht am eigenen Körper als pures Selbsterhaltungsrecht begrenzen. Das Recht auf Eigentum war für ihn, nicht anders als das Wahlrecht, eine »relative« positiv-rechtliche Einrichtung. Die Ablehnung eines Grundrechts auf Eigentum gerade durch die Vertreter des Eigentums mag verwundern.<sup>44</sup> Wenn man jedoch weiß, dass diese zugleich Befürworter der Konzentration ökonomischer Macht waren, wird klar, dass sie fürchteten, ein kraft Verfassung gewährtes Recht auf Eigentum, wie es die Leveller forderten, könne der damals bereits bestehenden Konzentration von Vermögen über kurz oder lang die Existenzberechtigung entziehen.

Um die Tragweite der Idee des Eigentumsgrundrechts der Leveller zu verstehen, muss man in Betracht ziehen, dass ihre schwachliberalen Gegner in den Putney-Debatten keineswegs Rechtspositivisten waren, die eine naturrechtliche Argumentation per se abgelehnt hätten. So hatten sich die Independenten naturrechtlicher Argumente bedient, als es ein paar Jahre zuvor darum gegangen war, den quasi absolutistisch regierenden König Karl I. (1600–1649) vom Thron zu stürzen. Aber die Schwachliberalen wollten keinerlei individuelle Grundrechte einführen, die den Bürgern mehr als die Abwehr absolutistischer Macht erlaubt hätten. Sie, die als Politiker oder als Herren großer Handelskompanien über erheblichen Einfluss verfügten, wollten beim Aufbau des merkantilistischen Kapitalismus freie Hand haben.

---

44 In seinem Buch *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes zu Locke*, Frankfurt am Main 1967, spricht Crawford B. Macpherson diese Verwunderung aus: »Die Hartnäckigkeit, mit der die Levellers betonten, Eigentum gehe der Regierungsgewalt voraus [...], drängte Ireton und Cromwell zu der Feststellung, Eigentum sei überhaupt kein natürliches Recht. Wir haben also den kuriosen Fall, daß Ireton, der seine eigene Position in der Debatte mit den Worten präzisiert hatte: ›Das Wichtigste, wofür ich hier spreche, ist, daß ich das Eigentum im Auge behalten möchte‹, dennoch abstreitet, daß Eigentum ein natürliches Recht sei.« (S. 160) Um einen kuriosen Fall handelt es sich aber nur, weil Macpherson die Bestimmung des Eigentumsrechts als eines natürlichen Rechts für ein Instrument der Legitimation einzig und allein des Kapitalismus hält.

In den Jahren des Englischen Bürgerkrieges traten die Anhänger des schwachen Liberalismus für einen »gemäßigten« Grundrechtsschutz ein. Was hingegen die Leveller im Verlauf der Putney-Debatten über das Recht auf Freiheit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf freie Wahl und vor allem über den Zusammenhang dieser Rechte untereinander vortrugen, das musste Ireton und Cromwell entsetzen. Ireton warf Rainsborough vor, er wolle das Eigentum abschaffen;<sup>45</sup> worauf Rainsborough erwiderte, Ireton möge bitte davon absehen zu behaupten, die Leveller würden sich für »Anarchie« einsetzen.<sup>46</sup> Cromwell sprang Ireton in dessen Kritik an Rainsborough sofort zur Seite:

»No man says that you have a mind to anarchy, but that the consequence of this rule tends to anarchy, must end in anarchy; for where is there any bound or limit set if you take away this limit, that men that have no interest but the interest of breathing shall have no voice in elections?«<sup>47</sup>

Wenig später stellte Ireton eindeutig klar, dass das Eigentum nur auf die von Menschen verfasste Konstitution zurückgeht:

»The law of God does not give me property, nor the law of nature, but property is of human constitution. I have a property and this I shall enjoy. Constitution founds property.«<sup>48</sup>

Dieser Liberalismus der damaligen politischen Mitte erwies sich in der weiteren englischen Entwicklung nicht als gemäßigt liberal, sondern als ausgesprochen antiliberal; ja, dieser Mittelweg führte gradlinig in die erste moderne Diktatur.

Unter Cromwells Regime wurde den Großgrundbesitzern großzügig erlaubt, die Kleinbauern zu enteignen. Der Ost-Indien-Kompanie wurde das Recht eingeräumt, einen wichtigen Teil des Welthandels zu monopolisieren. Im Interesse der Expansion staatlicher wie privater Macht wurde 1651 die Navigationsakte erlassen, die den niederländischen Handelsinteressen schadete, was wenig später zum Krieg zwischen England und den Niederlanden führen sollte. Das Recht auf Glaubensfreiheit wurde zwar weitgehend garantiert, die Äußerung missliebiger politischer Meinungen, erst recht politisches Engagement, jedoch schonungslos verfolgt.

45 Henry Ireton, zitiert bei Gerald E. Aylmer (Hg.), wie Anm. 1 Kap. 3, S. 104 mittig. Auch zitiert bei Philip Baker (Hg.), wie Anm. 12 Kap. 3, S. 75 oben.

46 Thomas Rainsborough, zitiert bei Gerald E. Aylmer (Hg.), wie Anm. 1 Kap. 3, S. 104f. Auch zitiert bei Philip Baker (Hg.), wie Anm. 12 Kap. 3, S. 75 unten.

47 Oliver Cromwell, zitiert bei Gerald E. Aylmer (Hg.), wie Anm. 1 Kap. 3, S. 105 oben. Auch zitiert bei Philip Baker (Hg.), wie Anm. 12 Kap. 3, S. 75 unten.

48 Henry Ireton, zitiert bei Gerald E. Aylmer (Hg.), wie Anm. 1 Kap. 3, S. 111 unten. Auch zitiert bei Philip Baker (Hg.), wie Anm. 12 Kap. 3, S. 84 unten.

Diese Entwicklung von der Revolution zur Diktatur war keine unvorhersehbare Tragödie, diese Entwicklung war vorgezeichnet. Schon in den Putney-Debatten 1647 hatten die Leveller betont, die Rechte zum Schutz des Privatbereichs könnten nur durch soziale Rechte, das heißt solche auf politische und ökonomische Demokratie, errungen und erhalten werden. Beide Arten von Rechten standen in den *Agreements* der Leveller gleichwertig nebeneinander. Die Modernisierung der Gesellschaftsordnung, welche 1649 mit der Absetzung und Hinrichtung des Königs Karl.I eingeleitet worden war und die stark von Schwachliberalen geprägt wurde, nahm indes eine andere Richtung. Sie blieb für die Starkliberalen eine unvollständige Revolution – längst bevor Cromwell 1653 in einem Staatsstreich die Macht vollends an sich reißen würde.

Die Kritik von Lilburne, Overton, Rainsborough, Walwyn, Wildman und anderen Levellern galt der sich neu konstituierenden Staatsmacht genauso wie der sich weiter konzentrierenden Wirtschaftsmacht. Obwohl es auch unter Cromwell Reibungen zwischen den Interessen des Staates und denen des Kapitals gab, stützten sich beide Mächte aufeinander. In der von Overton herausgegebenen Wochenzeitung *The Moderate* hieß es am 31. Juli 1649, also ein halbes Jahr nach Ende der Monarchie:

»Das Eigentum ist die Grundlage jeglicher Sünde zwischen den Parteien in ihren staatsbürgerlichen Beziehungen zueinander. Und da der Tyrann beseitigt ist und die Regierung dem Namen nach geändert, so sollte es auch wirklich in der Sache zum Besten des Volkes zurückfließen. Wenn letzteres nun auch dies nicht in ein paar Jahren erwarten kann, angesichts der großen Zahl von Besitzenden, die in Macht und Ansehen stehen und alle Kunstmittel anwenden, die alte Regierungsweise und damit ihre Interessen und des Volkes Sklaverei weiter aufrecht zu erhalten, so ist doch kein Zweifel daran, daß mit der Zeit das Volk auch in diesem Punkte seine Blindheit und Torheit erkennen wird.«<sup>49</sup>

Die Lebensgeschichten der einflussreichsten Leveller sind geprägt von Inhaftierung, Verbannung, Verfolgung und Bestrafung, zum Beispiel in Form von existenzvernichtenden Geldbußen. Richard Overton, derjenige Leveller, der 1646 aus dem Gefängnis von Newgate eine erste Menschenrechtserklärung in die Welt gebracht hatte, wurde mehrmals ins Gefängnis geworfen und mit ihm seine Frau und sein Bruder, da beide seine politischen Ideen unterstützten. Walwyn und Lilburne wurden ebenfalls mehrfach eingekerkert. Dennoch hatten die Leveller einen nicht zu unterschätzenden Einfluss in der englischen Öffentlichkeit. Lilburnes Anhänger zum Beispiel demonstrierten 1649 in den Straßen Londons und erwirkten so seine

49 Anonym, in: *The Moderate*, 31. Juli – 7. August 1649, zitiert bei Eduard Bernstein, wie Anm. 8 Kap. 3, S. 219.

Freilassung. 1653 allerdings wurde er erneut verhaftet, blieb diesmal für Jahre im Gefängnis, aus dem er erst 1657 wegen schlechter Gesundheit freikam. Als Cromwell ihn erneut verhaften lassen wollte, war er gerade gestorben.

Trotz permanenter Verfolgung hatten die Leveller über viele Jahre konsequent ihre politischen Ziele verfolgt und eine beachtliche Anhängerschaft um sich scharen können. Die brutale Gewalt ihrer Gegner vernichtete diese Bewegung innerhalb weniger Jahre – die Chance für die erste starkliberale Entwicklung einer Gesellschaft in Europa war verpasst.

